

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sahra Mirow, Caren Lay, Nicole Gohlke, Luigi Pantisano, Dr. Michael Arndt, Marcel Bauer, Lorenz Gösta Beutin, Violetta Bock, Jorrit Bosch, Mandy Eißing, Dr. Fabian Fahl, Katalin Gennburg, Ates Gürpınar, Mareike Hermeier, Cansin Köktürk, Ina Latendorf, Caren Lay, Sahra Mirow, David Schliesing, Evelyn Schötz, Julia-Christina Stange, Donata Vogtschmidt, Sascha Wagner und der Fraktion Die Linke

Wohnkostenbelastung für Studierende

Das Studium markiert einen wichtigen Lebensabschnitt im Werdegang vieler Menschen. In dieser Phase kann die Notwendigkeit, einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit zur Finanzierung der Wohnsituation nachzugehen, neben dem Vollzeitstudium eine besondere Belastung für Studierende darstellen.

In 70 von 88 Städten findet man zu Semesterbeginn kaum ein Zimmer, das man mit der aktuellen BAföG-Wohnkostenpauschale bezahlen kann (vgl.: Studie Moses Mendelssohn Institut https://moses-mendelssohn-institut.de/aktuelles/Studentische_Wohnkosten_Hochschulorte_WiSe_2025_2026/). Selbst die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vorgesehene Anhebung der Pauschale auf 440 Euro würde in vielen Städten nicht ausreichen, um die tatsächlichen Mieten vollständig zu bezahlen.

Die Aufnahme eines zusätzlichen Jobs wird für viele Studierende zunehmend zur Notwendigkeit. So waren im Oktober 2023 in Deutschland fast 70 Prozent der Studierenden erwerbstätig. 85,5 Prozent der befragten Studierenden gaben an, dass die Arbeit für ihren Lebensunterhalt notwendig ist (vgl.: Jobvalley, Sonderauswertung zur Studienreihe Fachkraft 2030 https://assets.ctfassets.net/dfdfjvo99uc/JsEBExY6Vj683E2yffPle/b1e1177161ba0b4389d6367c5b33568e/240305_jobvalley_Whitepaper_Fachkraft2030_Jobmarkt_RZ.pdf). Zum Wintersemester 2025/2026 hat die durchschnittliche Miete erstmals die Grenze von 500 Euro überschritten (vgl.: Studie Moses Mendelssohn Institut https://moses-mendelssohn-institut.de/aktuelles/Studentische_Wohnkosten_Hochschulorte_WiSe_2025_2026/). Dies bedeutet, dass Studierende in vielen Fällen über 50 Prozent ihres Einkommens für Wohnkosten aufwenden (vgl.: Pressemitteilung Destatis www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/08/PD25_N045_63.html?nn=2110). Vor allem in Berlin und den Hochschulstädten der Länder Bayern und Baden-Württemberg sind die Wohnkosten für Studierende besonders stark angestiegen: So liegen die Kosten für ein WG-Zimmer in Heidelberg inzwischen bei 670 Euro (vgl.: Artikel SWR www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/mannheim/heidelberg-teuer-wohnungen-mlp-studentenwohreport-100.html).

Etwa zwei Drittel der Studierendenhaushalte gelten als überbelastet durch Wohnkosten (vgl.: Pressemitteilung Destatis www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/08/PD25_N045_63.html?nn=2110). Diese Entwicklung

betrifft vermehrt Studierende aus einkommensschwächeren Familien, die keine ausreichende finanzielle Unterstützung vonseiten der Eltern erhalten können. Daraus resultiert eine potenzielle Abhängigkeit der Studienortswahl von den finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses, was den gleichen Zugang zu Bildung für alle Studierenden beeinflussen kann und eine Selektion befördert.

Mit dieser Kleinen Anfrage beabsichtigen die Fragestellenden, die aktuelle Situation von Studierenden auf dem Wohnungsmarkt sachlich zu untersuchen und die zugrunde liegenden Daten zu erfassen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Studierende wohnen, nach Kenntnis der Bundesregierung, in privaten und öffentlichen Studierendenwohnheimen (bitte nach Stadt und Trägerschaft aufschlüsseln)?
2. Wie hat sich der durchschnittliche Quadratmeterpreis in Studierendenwohnheimen im Vergleich zum Jahr 2015 entwickelt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
3. Welchen durchschnittlichen prozentualen Anteil ihres Gesamteinkommens wenden Studierende nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell für ihre Unterkunft auf (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
4. Was ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Bedarf an studentischem Wohnraum im Zeitraum bis 2035?
5. Welche konkreten Hürden und Bürokratiehemmnisse bei der gleichzeitigen oder aufeinanderfolgenden Beantragung von BAföG und Wohngeld für Studierende sind der Bundesregierung bekannt, und welche Maßnahmen plant sie, um die Verfahrensweisen und administrativen Schnittstellen zu optimieren und damit die Zugänglichkeit beider Leistungen zu verbessern?
6. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um das Wohngeld für Studierende zu vereinfachen und damit die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigte „WG-Garantie“ zu realisieren?
7. Wie beabsichtigt die Bundesregierung, das Förderprogramm „Junges Wohnen“ in dieser Legislaturperiode konzeptionell und finanziell fortzuführen?
8. Inwiefern beabsichtigt die Bundesregierung, mit Mitteln aus dem Förderprogramm „Junges Wohnen“ auch die Sanierung bestehender Wohnbestände zu fördern, und wenn sie dies nicht beabsichtigt, warum nicht?
9. Wie viele Neubauprojekte von Studierendenwohnheimen sind der Bundesregierung in welchen Bundesländern bekannt, und inwieweit werden diese spezifisch durch Bundesmittel aus dem Förderprogramm „Junges Wohnen“ unterstützt?
10. Inwiefern plant die Bundesregierung, den Bau von selbstverwaltetem studentischem Wohnen gezielt zu fördern, und wenn nein, warum nicht?
11. Wie viele Studierende waren im Sommersemester 2025 bzw. sind im Wintersemester 2025/2026 nach Kenntnis der Bundesregierung an einer Hochschule eingeschrieben, und wie viele öffentlich geförderte Wohnheimplätze standen dem jeweils pro Semester gegenüber?
12. Wie hoch ist der Anteil aller Studierenden, die aktuell einen Platz in einem universitären Wohnheim haben?

13. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der öffentlich geförderten Studierendenwohnheimplätze und der privaten Studierendenwohnheimplätze seit 2015 entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
14. In welcher Höhe gewährte der Bund Zuschüsse für Wohnheimplätze für Studierende in den Jahren 2014, 2019 und 2024, und in welchem Verhältnis stand in diesen Jahren die Zahl der in Hochschulen eingeschriebenen Studierenden zu der Zahl geförderter Wohnheimplätze?
15. In welchem Umfang plant die Bundesregierung, die Förderbestimmungen für den Belegungsankauf (gemäß Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD) zu erweitern?
16. Wie viele Fälle von Klagen gegen (private) Wohnheime aufgrund des Verdachts auf Mietwucher sind der Bundesregierung bekannt?
17. Welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung, um den Verbraucherschutz zugunsten junger Menschen zur effektiven Durchsetzung ihrer Mieterrechte (gemäß in der Vorbemerkung der Fragesteller genanntem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD) zu stärken?

Berlin, den 29. Oktober 2025

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Fraktion

